

PA: Amnesty-Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte in Afrika 2019/2020

Er analysiert die wichtigsten Entwicklungen der vergangenen Monate auf dem Kontinent.

- Menschen auf dem ganzen Kontinent fordern ihre Rechte lautstark ein, insbesondere in Äthiopien und im Sudan bewirken friedliche Proteste Veränderung
- Amnesty dokumentierte unverhältnismäßige Gewalt und willkürliche Verhaftungen im Kampf gegen COVID-19
- Staatliche Repressionen, bewaffnete Gruppierungen und Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte zählen zu den größten Gefahren für Menschen & ihre Rechte.

[Bericht zum Download](#) (einzelne Länderkapitel auf [amnesty.at](https://www.amnesty.at) veröffentlicht)

Wien/London, am 08. April 2020 – Protestierende trotzten Kugeln und Schlägen, um ihre Rechte zu verteidigen: Der Mut der Menschen, die im Jahr 2019 und aktuell in Afrika auf die Straße gehen, ist bemerkenswert. Das zeigt der Amnesty-Bericht über die Lage der Menschenrechte in Afrika, der heute veröffentlicht wird.

„In ganz Afrika haben die Menschen gegen Repressionen, Korruption und eingefahrene Strukturen protestiert. Entscheidungsträger*innen müssen nun auf ihre Forderungen und Bedürfnisse hören – und dringend notwendige Reformen umsetzen, die die Rechte aller Menschen respektieren“, sagte Samira Daoud, Amnesty-Regionaldirektorin für West- und Zentralafrika.

„In einigen Fällen führten diese Proteste zu großen Veränderungen, das gibt Hoffnung“, sagt Deprose Muchena, Amnesty-Regionaldirektor für das südliche und östliche Afrika

bei Amnesty International, und sagt weiter „Nachdem der langjährige sudanesischer Führer Omar al-Bashir gestürzt worden war, versprachen die neuen Behörden menschenrechtsfreundliche Reformen. Nach den Protesten wurde von der äthiopischen Regierung ein ganzes Paket von Menschenrechtsreformen eingeführt. Leider werden andere notwendige Veränderungen von repressiven Regierungen blockiert, die weiterhin ungestraft Verstöße begehen.“

Regierungen in mehreren afrikanischen Staaten, etwa Nigeria, versuchten im Jahr 2019 die Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement weiter einzuschränken. Gleichzeitig gingen Menschen in verschiedenen Ländern auf die Straße und forderten ihre Rechte ein. Immer mehr afrikanische Staaten sind zudem mit Angriffen durch bewaffnete Gruppierungen konfrontiert, insbesondere **Burkina Faso, Kamerun, Mali, Mosambik und Somalia.**

COVID-19: Repressionen & Missachtung des Rechts auf Gesundheit

In mehreren afrikanischen Staaten gehen Sicherheitskräfte im Kampf gegen COVID-19 mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Menschen vor: In **Südafrika** wurden Gummigeschosse gegen Obdachlose eingesetzt, in **Uganda** wurde COVID-19 zum Vorwand genommen, um Homosexuelle zu verhaften. In **Niger** wurde ein Journalist verhaftet, weil er über einen Verdachtsfall von COVID-19 berichtete.

„Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist für die Menschen in der gesamten Region nach wie vor ein großes Problem, da die unterfinanzierten Gesundheitsbudgets zu einem Mangel an Betten und Medikamenten in den Krankenhäusern geführt haben. Die Regierungen von Angola bis Simbabwe, von Burundi bis Kamerun haben das Recht auf Gesundheit nicht respektiert. Konflikte haben die Situation noch verschärft“, sagt Samira Daoud, Amnesty-Regionaldirektorin für West- und Zentralafrika, und sagt weiter: „Angesichts der drohenden COVID-19-Pandemie dürfen wir keine Zeit verlieren. Stärken wir jetzt die Menschenrechte und sorgen wir dafür, dass so viele Menschen

wie möglich Zugang zur Gesundheitsversorgung haben!“

Proteste trotz staatlicher Repressionen

In mehr als 20 afrikanischen Staaten wurde 2019 durch rechtswidrige Verbote, exzessiven Gewalteinsatz, Schikanen, willkürliche Inhaftierungen und andere Maßnahmen das Recht auf friedlichen Protest eingeschränkt. Im **Sudan** wurden bei Protesten 177 Menschen durch Sicherheitskräfte getötet und über 300 verletzt. In mindestens 25 afrikanischen Staaten und damit in mehr als zwei Dritteln der von Amnesty International untersuchten Länder war 2019 festzustellen, dass die Medienfreiheit eingeschränkt und Journalist*innen kriminalisiert wurden. So dokumentiert Amnesty International in **Nigeria** 19 Fälle von Journalist*innen, die angegriffen, willkürlich festgenommen oder inhaftiert wurden.

Bedrohung durch bewaffnete Gruppierungen nimmt zu

Bewaffnete Gruppierungen dehnten ihre Aktivitäten auf zahlreiche Länder aus: In **Mali** und **Burkina Faso** töteten bewaffnete Gruppen zahlreiche Menschen. Im Nordosten **Nigerias** war die Zivilbevölkerung mehr als 30 Angriffen der bewaffneten Gruppe Boko Haram schutzlos ausgeliefert. Mindestens 378 Zivilist*innen wurden dabei getötet, Tausende mussten fliehen. In **Kamerun** wurden bei einer Welle von Angriffen durch Boko Haram mindestens 275 Menschen getötet und viele weitere verstümmelt oder entführt. In **Somalia** wurden bis Mitte November 2019 mehr als 1150 Zivilist*innen getötet. Für die meisten gezielten Angriffe war die bewaffnete Gruppe Al-Shabaab verantwortlich. Sie dehnte ihre Anschläge auch auf **Mosambik** aus.

Bei Fragen oder zur Vermittlung von Interviews stehen wir gerne zur Verfügung.

Amnesty International Österreich

Presseteam

Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien

T: [+43 664 2359138](tel:+436642359138) / [+43 664 4001056](tel:+436644001056)

presse@amnesty.at

Recherchehinweis: Neue Infoseite zu Corona in Afrika

Die Informationsplattform afrika.info gibt auf der neuen Unterseite <https://afrika.info/corona/> einen Überblick über die Entwicklungen zu Corona in Afrika.

Auf der Seite werden tagesaktuell die neuesten Zahlen zur Ausbreitung von SARS-CoV-2 in afrikanischen Ländern zusammengestellt. Eine Chronologie bietet einen knappen Überblick über die bisherigen Ereignisse. Außerdem wird auf empfehlenswerte Beiträge aus deutschsprachigen Medien verwiesen.

Rückfragen:

Dr. Martin Sturmer

Tel. +43 699 1135 33 99

ms@afrika.info

Konferenz: Weltweite

Zusammenarbeit in Würde und Gerechtigkeit

2015 haben die UN Mitgliedsstaaten 17 nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs) beschlossen, die bis 2030 unseren Planeten lebenswerter für alle machen sollen. Papst Franziskus benennt in der Enzyklika „Laudato Si“ brennende Themen wie Umwelt- und Klimaschutz sowie ungerechte Ressourcenverteilung in der Welt. In der Agenda für die Menschlichkeit, dem 5-Punkte-Plan des Weltgipfels für Humanitäre Hilfe, sind Maßnahmen für die Linderung humanitärer Not beschrieben.

Datum und Ort:

22. – 24.04.2020

Bildungshaus St. Hippolyt

Eybnerstraße 6, 3100 St. Pölten

Ernährungssicherheit, Kinder und Zukunft, Humanitäre Hilfe
Dem Ziel, Hunger in der Welt zu besiegen, scheinen wir mit diesen Plänen näher gekommen zu sein. Doch ungerechte Lebensbedingungen, fehlender Zugang zu Bildung, Hunger, Armut, Krieg und Naturzerstörung sind nach wie vor Teil unserer Wirklichkeit. Was braucht es also, um die oben genannten Pläne nachhaltig umzusetzen? Wie müssen wir Systeme verändern, um Menschen tatsächlich aus der Armut zu bringen und ihnen eine Perspektive zu geben? Diese Fragen werden in Vorträgen von ExpertInnen beleuchtet, in Sessions vertieft und mit PraktikerInnen aus der Projektarbeit diskutiert.

Die Konferenz ist dreisprachig (dt., engl., fr.). Keynotes, Diskussionen und einzelne Sessions werden simultan übersetzt. Der Großteil der Sessions finden in deutscher oder englischer Sprache statt.

Programmübersicht

- [Keynotes](#)

- [Sessions](#)
- [Speaker](#)

Kontakt und Rückfragen:

presse@caritas-stpoelten.at

PA: Nigeria: Militär zerstört Dörfer nach Angriffen von Boko Haram

Als Antwort auf vermehrte Angriffe der bewaffneten Gruppe Boko Haram brannte das nigerianische Militär ganze Dörfer nieder und vertrieb deren EinwohnerInnen. Das zeigen aktuelle Recherchen von Amnesty International vor Ort: MitarbeiterInnen der Menschenrechtsorganisation haben u. a. mit betroffenen DorfbewohnerInnen im Bundesstaat Borno gesprochen und Satellitendaten ausgewertet.

„Die grausame Zerstörung ganzer Dörfer sollte als potentiell Kriegsverbrechen geahndet werden. Ohne zwingenden militärischen Grund wurden absichtlich Häuser zerstört und die BewohnerInnen vertrieben“, sagt Osai Ojigho, Direktor von Amnesty International Nigeria.

Seit Beginn des jahrzehntelangen bewaffneten Konflikts im Nordosten des Landes hat Amnesty International immer wieder derartige Vergehen und schwere Menschenrechtsverletzungen seitens des Militärs dokumentiert. „Die nigerianische Regierung darf diese Vergehen nicht unter den Teppich kehren. Sie müssen untersucht und mutmaßliche Verbrecher*innen müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Regierung muss sicherstellen, dass es keine weiteren Angriffe des Militärs auf die Zivilbevölkerung gibt“, sagt Osai Ojigho. Neben der

Zerstörung der Dörfer nahmen Militärstreitkräfte willkürlich sechs vertriebene Männer fest. Die Männer wurden nahezu einen Monat lang in Isolationshaft gefangen gehalten und misshandelt, bevor sie am 30. Jänner 2020 wieder freigelassen wurden.

Gesetzeswidrige Taktiken

Seit Dezember 2019 führte Boko Haram verstärkt Angriffe im Nordosten Nigerias aus; besonders entlang der wichtigen Straße zwischen Maiduguri und Damaturu, den Hauptstädten der Bundesstaaten Borno und Yobe. Recherchen von Amnesty International in Borno bestätigten, dass das nigerianische Militär als Reaktion auf die Angriffe zu ungesetzlichen Maßnahmen greift, die schreckliche Folgen für die Zivilbevölkerung haben und Kriegsverbrechen gleichkommen.

Amnesty International sprach mit 12 Frauen und Männern, die am 3. und 4. Jänner 2020 aus ihren Häusern in drei verschiedenen Dörfern nahe der Straße zwischen Maiduguri und Damaturu (zwischen Jakana und Mainok im Staat Borno) fliehen mussten. Die Organisation analysierte auch Daten der Satellitenfernerkundung und konnten so drei Brände lokalisieren, die am und um den 3. Jänner aktiv waren. Satellitenbilder von Bukarti, Ngariri und Matiri zeigten, dass nahezu alle Gebäude der Dörfer zerstört worden waren. Bilddaten zeigten auch, dass auch Nachbardörfer von den Bränden in Mitleidenschaft gezogen worden waren.

„Sie sagen, sie hätten uns vor Boko Haram gerettet, aber das ist eine Lüge“

Medien gaben Aussagen des nigerianischen Militärs wieder und bestätigten, dass Soldaten der Brigaden 5 und 29 gemeinsam mit dem Spezialeinheiten-Bataillon 2 die Einsätze zwischen Jakana und Mainok am 3. Jänner ausführten. Die Militärstreitkräfte gaben an, sie hätten sechs „Verdächtige“ festgenommen und „461 Gefangene von Boko Haram“ aus einigen Dörfern, einschließlich Bukarti und Matiri „befreit“.

Zeuginnen, die von Amnesty International befragte wurden, gaben an, Boko Haram sei nicht in ihren Dörfern gewesen. Sie

sagten, dass sie sich deutlich sicherer in ihren Dörfern gefühlt hätten als in dem Lager für Binnenvertriebenen, wohin sie das Militär gebracht hatte.

„Sie sagen, sie hätten uns vor Boko Haram gerettet, aber das ist eine Lüge“, sagte ein etwa 65-jähriger Mann. „Boko Haram kommt nicht in unser Dorf.“

„Wir halten in unserem Dorf Tiere und lagern Erntevorräte. Wenn uns Boko Haram bereits einen Besuch abgestattet hätte, denkt ihr nicht, sie hätten das alles mitgenommen?“, sagte eine ältere Dame aus Bukarti. „Die Jungs [von Boko Haram] haben kein Interesse an uns.“

Einige BewohnerInnen der Dörfer Bukarti und Ngariri sagten, ihr Dorf liege so nahe an der Hauptstraße, dass es für Boko Haram undenkbar sei, sich hier niederzulassen. Sie sagten, dass nigerianische Soldaten häufig in die Gegend ihrer Dörfer kamen und oft mit den Entscheidungsträger*innen im Dorf sprechen würden. Vier Zeugen gaben Amnesty International gegenüber an, dass nigerianische Soldaten gestellte Fotos der Dorfbewohner*innen verbreitet hätten. Diese zeigten, wie diese auf Militärlastwägen zuginen und sollten den Anschein erwecken, das Militär habe sie „gerettet“.

Vermehrte Angriffe von Boko Haram

Die Militäroperationen finden speziell in den Gebieten entlang der Straße zwischen Maiduguri und Damaturu statt. Dort hat es auch eine Zunahme der Angriffe von Boko-Haram gegeben: Bei ihrem tödlichsten Angriff seit Jahresbeginn soll die bewaffnete Gruppe am 10. Februar in der Nähe des Dorfes Auno 30 Autofahrer*innen getötet haben. Es war der sechste Angriff der bewaffneten Gruppe auf Auno innerhalb von zehn Monaten. Er zeigt das menschenverachtende Vorgehen von Boko Haram sowie die zunehmende Gefahr für die Zivilbevölkerung entlang dieser lebenswichtigen Route, die den Bundesstaat Borno mit dem Rest Nigerias verbindet.

Bei Fragen oder zur Vermittlung von Interviews:

Amnesty International Österreich

Presseteam

Lerchenfelder Gürtel 43/4/3, 1160 Wien

T: +43 664 2359138 / +43 664 4001056

presse@amnesty.at

PA: Weibliche Genitalverstümmelung: Jede Betroffene ist eine zu viel

Weltweit leben über 200 Millionen Mädchen und Frauen mit den Folgen weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM). Pro Jahr laufen weitere 3 Millionen Mädchen und Frauen Gefahr, Opfer dieser massiven Menschenrechtsverletzung zu werden. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert Aufklärungsarbeit und bessere Gesundheitsversorgung in Äthiopien und Burkina Faso, um FGM einzudämmen.

„Null Toleranz gegenüber FGM“ heißt es jedes Jahr am 6. Februar, wenn die internationale Gemeinschaft am Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung die schockierenden Zahlen in Erinnerung ruft. Mit insgesamt 1,2 Millionen Euro fördert die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, 4 Projekte österreichischer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Äthiopien und Burkina Faso. Die Projekte setzen Maßnahmen gegen die grausame Praxis und fördern besseren Zugang zu hochwertiger Gesundheitsversorgung für Frauen. Bis 2021 sollen rund 110.000 Personen direkt davon profitieren.

Keine Zeit zu verlieren

„Es braucht vor allem Eines, um weibliche Genitalverstümmelung ein für alle Mal auszurotten: Aufklärung, Zeit – und die vereinten Kräfte aller Mitglieder der Gesellschaft. Nur so können wir die tatsächliche Gleichstellung von Mädchen und Frauen erreichen, und dafür setzen wir uns mit aller Kraft ein“, betont ADA-Geschäftsführer Martin Ledolter anlässlich des Internationalen Tages der Nulltoleranz gegenüber FGM. Die vergangenen Jahre verzeichneten einen leichten Rückgang von FGM. Dennoch ist „jedes Mädchen, das Opfer von weiblicher Genitalverstümmelung wird, ein Mädchen zu viel“, so Ledolter, und er ergänzt: „Wir haben im Kampf gegen FGM keine Zeit zu verlieren!“

Aufklärung, Prävention, Betreuung und Behandlung

Mit der Förderung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit leisten HORIZONT3000, die Österreichische Caritaszentrale, das Österreichische Rote Kreuz sowie die Privatstiftung Hilfe mit Plan Österreich gemeinsam mit lokalen Partnern in Äthiopien und Burkina Faso Aufklärungsarbeit. Vor allem einflussreichen religiösen und traditionellen Führern sowie Lehrerinnen und Lehrern und dem Gesundheitspersonal vor Ort kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Auch das Tabuthema sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen soll mit den unterstützten Projekten aufgebrochen werden. Zusätzlich stärken die Initiativen die lokalen medizinischen Kapazitäten zur Prävention, Betreuung und Behandlung von FGM und den daraus resultierenden Gesundheitsproblemen.

Globales Thema

Schmerzen beim Urinieren, qualvolle Menstruationsbeschwerden, Lebensgefahr beim Entbinden, hohes Infektionsrisiko und permanente Traumata: Frauen und Mädchen, deren Geschlechtsorgane teilweise oder zur Gänze unter oft katastrophalen hygienischen Bedingungen entfernt wurden, leiden ein Leben lang an den Folgen ihrer schweren

Körperverletzung. Weibliche Genitalverstümmelung konzentriert sich weltweit auf rund 30 Länder, und dabei hauptsächlich auf den Westen, Osten und Nordosten Afrikas sowie den Mittleren Osten und Asien. Aber auch bei Migrantinnen und Migranten im Ausland ist FGM Thema.

Es sind soziale Normen und kulturelle Faktoren, die als Antwort auf die Frage herangezogen werden, warum sich FGM weiterhin hartnäckig hält. Aber egal wo weibliche Genitalverstümmelung das Leben und die Gesundheit von Mädchen und jungen Frauen gefährdet – sie beruht überall auf tiefverwurzelten Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen. Sie ist das Resultat extremer Diskriminierung. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich seit Anbeginn für Geschlechtergleichstellung und die Wahrung der Rechte von Mädchen und Frauen ein.

[Fotos zum Download](#)

Austrian Development Agency

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA derzeit Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro um.

Rückfragehinweis:

Austrian Development Agency,
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien

Mag. Katharina Schreiber

Tel.: +43 (0)1 90399-2414

katharina.schreiber@ada.gv.at

www.entwicklung.at

PA: Nobelpreis: Österreich unterstützt Reformen und Frieden, aber weiterhin große Herausforderungen in Äthiopien

Abiy Ahmed wird morgen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Äthiopien erzielte bei Ernährungssicherheit, Basisversorgung und weniger Armut bereits wichtige Erfolge. Dennoch zählt das Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit zu den ärmsten Nationen der Welt. Die Austrian Development Agency unterstützt den Friedensprozess am Horn von Afrika und hilft, die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern.

Wien, 9. Dezember 2019 – Dass es Reformen in einem Land wie Äthiopien braucht, einem Land mit 98 Nationalitäten und Ethnien bzw. 93 Sprachen, ist unbestritten. Äthiopien ist mit massiven demokratiepolitischen und menschenrechtlichen Defiziten konfrontiert. Sein junger Regierungschef Abiy Ahmed will diese Herausforderungen nun durch eine umgestaltete Gesetzgebung und mit gestärkten demokratischen Institutionen überwinden. Morgen, Dienstag, nimmt Ahmed in Oslo den Friedensnobelpreis entgegen. Die Austrian Development Agency (ADA) unterstützt sowohl den innerstaatlichen Reformprozess als auch die Friedenssicherung in der Region. Äthiopien ist seit 1993 ein Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Eine Stimme haben, die zählt

„Wir wollen den gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Dienstleistungen, zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Wasser stärken. Es geht darum, die Schnittstellen zwischen Regierung und Bevölkerung zu verbessern. Vor allem mehr Frauen sollen an politischen Entscheidungsprozessen teilhaben. Sie sollen wissen, dass sie eine Stimme haben, die zählt – und diese auch einbringen“, sagt Stefan Hlavac, Leiter des Büros der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Addis Abeba, das von der ADA geführt wird.

Bürgerinnen und Bürger bestimmen mit

Mit dem „Ethiopian Social Accountability Programme“ der Weltbank etwa lernen Gemeindebedienstete sowie Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Maßnahmen der Grundversorgung mit den tatsächlich Betroffenen zu diskutieren. So verhandelten die Bewohnerinnen und Bewohner von Awash in der Oromia-Region mit den lokalen Behörden den Ausbau des Wasserreservoirs der Stadt, das ursprünglich für 10.000 Leute ausgelegt war. Wegen des starken Bevölkerungswachstums benötigten zwischenzeitlich jedoch über 40.000 Menschen Zugang zu sauberem Wasser. Gemeinsam wurde eine Lösung für den erhöhten Finanzierungsbedarf gefunden. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit fördert das Programm seit 2015 mit 4 Millionen Euro.

Rigoroser Reformkurs

Abiy Ahmed ist erst seit April 2018 im Amt und der erste Äthiopier, dem der Friedensnobelpreis verliehen wird. Vom „Gorbatschow Afrikas“, von „Afrikas Mann für den Frieden“, „Afrooptimismus“ und „Abiymania“ war die Rede, seitdem das Nobelkomitee verkündete, dem äthiopischen Ministerpräsidenten die international wohl angesehenste politische Auszeichnung zu verleihen. Ahmed erhält den Preis für seine Initiative zur Lösung des Grenzkonflikts mit Eritrea. Auch sein entschlossener Reformkurs wird damit gewürdigt.

Die äthiopische Bevölkerung steht grundsätzlich hinter den Reformen. Dennoch ist Äthiopien weiterhin sehr fragil und

instabil, Unruhen mit über 80 Toten erst Ende Oktober dieses Jahres zeugen davon. Wichtig sei nun, „die Voraussetzungen für eine friedliche Umstrukturierung des politischen Systems und für faire Wahlen 2020 zu schaffen“, so Hlavac. Durch das Aufflammen lang unterdrückter Konflikte ist der Hass zwischen verschiedenen Volksgruppen derzeit am Wachsen. Diese Konflikte und Dürren in den südöstlichen Regionen des Landes sind der Grund für etwa 3 Millionen Binnenflüchtlinge.

Voraussetzungen für Frieden schaffen

Für bessere Lebensbedingungen vor Ort werden grenzübergreifender Frieden, Sicherheit und Stabilität dringend gebraucht. Österreichs Rolle ist dabei nicht unwesentlich. So finanziert die ADA ein Studienprogramm des [Instituts für Frieden und Sicherheitsmanagement in Afrika](#) an der Universität Addis Abeba, das die frühzeitige Erkennung und letzten Endes Beilegung von Konflikten zum Ziel hat. Seit 2011 sind insgesamt 1,3 Millionen Euro in die Weiterbildung von Fachpersonal der Afrikanischen Union geflossen. Bis 2020 sollen 300 Personen ihr Studium abgeschlossen haben und mit ihrem Wissen zur Stabilisierung der Region beitragen.

Austrian Development Agency

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt Länder in Afrika, Asien, Südost- und Osteuropa bei ihrer nachhaltigen Entwicklung. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen setzt die ADA derzeit Projekte und Programme mit einem Gesamtvolumen von 500 Millionen Euro um.

Rückfragehinweis:

Austrian Development Agency,
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit
Zelinkagasse 2, 1010 Wien
Mag. Katharina Schreiber
Tel.: +43 (0)1 90399-2414
katharina.schreiber@ada.gv.at

Erinnerung: MEDIA UNDER PRESSURE – JOURNALISMUS IN SUBSAHARA-AFRIKA

Laut aktueller Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen wird in 22 der 48 Staaten Subsahara-Afrikas die Situation der Pressefreiheit als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ eingestuft. Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte analysiert und kommentiert die Journalistin und Unternehmerin Marie-Roger Biloa von „Africa International“ die Entwicklungen in Subsahara-Afrika in den letzten Jahren.

Zeit: 4. Dezember 2019 | 18:30

Ort: FHWien der WKW, Währinger Gürtel 97, 1180 Wien, Raum B420

Die Journalistin Marie–Roger Biloa ist Herausgeberin von mehreren Zeitschriften und TV-Produzentin. Sie moderiert unter anderem das Diskussionsformat „Africa International“ auf Okto. Zudem ist sie Präsidentin des Thinktanks „Club Millenium“ in Paris, der sich zum Ziel gesetzt hat, afrikanische Anliegen zu fördern.

Marie–Roger Biloa wurde in Kamerun geboren, absolvierte die Diplomatische Akademie in Wien und lebt heute in Paris und Yaounde.

Die Reihe „Media Under Pressure“ wird in Zusammenarbeit mit ISJE – Informationsstelle für Journalismus und Entwicklungspolitik, dem Studienbereich Journalismus und Medienmanagement der FHWien der WKW und dem Presserat veranstaltet.

Media Under Pressure – Journalismus in Subsahara-Afrika

Laut aktueller Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen wird in 22 der 48 Staaten Subsahara-Afrikas die Situation der Pressefreiheit als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ eingestuft. Anlässlich des Internationalen Tags der Menschenrechte analysiert und kommentiert die Journalistin und Unternehmerin Marie-Roger Biloa von „Africa International“ die Entwicklungen in Subsahara-Afrika in den letzten Jahren.

Zeit: 4. Dezember 2019 | 18:30

Ort: FHWien der WKW, Währinger Gürtel 97, 1180 Wien, Raum B420

Die Journalistin Marie-Roger Biloa ist Herausgeberin von mehreren Zeitschriften und TV-Produzentin. Sie moderiert unter anderem das Diskussionsformat „Africa International“ auf Okto. Zudem ist sie Präsidentin des Thinktanks „Club Millenium“ in Paris, der sich zum Ziel gesetzt hat, afrikanische Anliegen zu fördern.

Marie-Roger Biloa wurde in Kamerun geboren, absolvierte die Diplomatische Akademie in Wien und lebt heute in Paris und Yaounde.

Die Reihe „Media Under Pressure“ wird in Zusammenarbeit mit ISJE – Informationsstelle für Journalismus und Entwicklungspolitik, dem Studienbereich Journalismus und Medienmanagement der FHWien der WKW und dem Presserat veranstaltet.

Äthiopien: Noch mehr als Friedensnobelpreis und Kaffee

Gerade ist verkündet worden, dass der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed den Friedensnobelpreis 2019 bekommt. Das ist mit ein Grund einen Blick auf die kulturellen und politischen Begegnungen zwischen Äthiopien und Wien zu werfen.

Am 20. Oktober startet unter dem Titel **Culture X Change #Äthiopien** eine Veranstaltungsreihe mit aktueller äthiopischer Kunst, Musik und politischen Debatten, von *kulturen in bewegung*, die Kunst- und Kultureinrichtung am Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC) und gefördert von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

#Kultur #Kaffee

Die Coffee Pirates im Alsergrund bieten den Rahmen für die eingehende Auseinandersetzung mit dem Thema Kaffee. Unter dem Titel „Kafa in Vienna“ werden ab 20. Oktober zwei Betreiberinnen eines Kaffeehauses in Addis Abeba über die Kunst der Kaffeezubereitung und den Stellenwert der roten Bohne in der äthiopischen Kaffeekultur erzählen. Dass dabei auch echter äthiopischer Kaffee zeremoniell verkostet werden kann, versteht sich von selbst. [Mehr Info](#)

20. Oktober – 1. November 2019: Coffee Pirates Spitalgasse 17, 1090 Wien

#Dialog

Die politischen Entwicklungen in der Region sorgten in letzter Zeit für internationale Schlagzeilen. Aktivistinnen und Aktivisten aus Äthiopien und dem Sudan gewähren am 24. Oktober tiefere Einblicke in die Protestbewegungen in den beiden

Ländern.

[Mehr Info](#)

Donnerstag, 24. Oktober 2019: Haus der Begegnung Mariahilf, Königseggasse 10 , 1060 Wien

18:00 Uhr Kaffeezeremonie

19:00 – 21:00 Uhr Diskussion

#Musik

Den äthiopischen Musikkosmos ergründen am 27. Oktober die Mitglieder der aufstrebenden, jungen Jazzformation chuffDRONE gemeinsam mit dem Pianisten Samuel Yirga. [Mehr Info](#)

27. Oktober 2019: 20:30 Uhr, Porgy & Bess, Riemergasse 11, 1010 Wien

#Kunst

Mihret Kebede studiert auf der Akademie der Bildenden Kunst in Wien. In Kooperation mit Kulturen in Bewegung entstand dieses Kultur-Austauschprogramm, an dessen Schluss in der Galerie Hinterland von 31. Oktober bis 16. November unter dem Titel „Sifrahs Story: A story that tries to challenge the narrative through everyday documentation“ eine Ausstellung zu sehen sein wird, die von Mihret Kebede gemeinsam mit in Wien lebenden äthiopischen Künstler*innen gestaltet wird. Im Mittelpunkt stehen Photographien von Martha Tadesse, Tadesse, die ihr Werk den Menschen abseits des Rampenlichts widmet. [Mehr Info](#)

31. Oktober – 16. November 2019: hinterland galerie, Krongasse 20, 1050 Wien

Weitere Infos zu Äthiopien:

Hintergrundinfos zum **äthiopische Premierminister Abiy Ahmed** finden Sie hier:

<https://www.suedwind-magazin.at/mediator-und-militaerkarrierist>

Länderinformation des Österreichischen Außenministeriums und der Austrian Development Agency mit weiterführenden Links und Adressen [zum Downloaden](#)

Pressemitteilung zum Welternährungstag: Diskriminierung von Frauen bremst Überwindung des Hungers

FIAN und Brot für die Welt legen Bericht zum Recht auf Nahrung vor

Wien, 15. Oktober 2019. Die Zahl der Menschen, die unter Hunger und „mittlerer oder schwerer Ernährungsunsicherheit“ leiden, ist zwischen 2014 und 2018 um 300 Millionen auf über zwei Milliarden angestiegen. Weltweit lebt nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO beinahe jeder vierte Mensch in der Ungewissheit, ob es am nächsten Tag ausreichend und qualitativ gute Nahrung gibt. Frauen und Mädchen sind stärker betroffen als Männer. Verantwortlich dafür sind vor allem ihre fehlende rechtliche Gleichstellung und Diskriminierung beim Zugang zu Land, heißt es in der neuen Ausgabe des Right to Food and Nutrition Watch. Die evangelische Organisation für Entwicklungszusammenarbeit Brot für die Welt und die Menschenrechtsorganisation FIAN sind Mitherausgeber dieses Jahrbuchs zum Recht auf Nahrung, das zum Welternährungstag (16. Oktober) veröffentlicht wird.

Frauen kommt eine Schlüsselrolle bei der Überwindung von Hunger und Ernährungssicherheit zu, denn sie übernehmen beim Anbau, der Ernte und der Zubereitung von Nahrungsmitteln zentrale Aufgaben. Trotzdem sind die Mehrheit der Menschen, die Hunger leiden, noch immer Frauen und Mädchen. Nina

Hechenberger, Leitung von Brot für die Welt, sagt: „Es fehlt an rechtlicher Gleichstellung und Möglichkeiten zu politischer Teilhabe. Frauen werden auch beim Zugang zu Land und anderen Ressourcen diskriminiert und sind deshalb viel stärker von Ernährungsunsicherheit betroffen als Männer. Doch in vielen Ländern organisieren sich Frauen und fordern ihre Rechte ein.“

Melanie Oßberger, Geschäftsleiterin von FIAN Österreich ergänzt: „Frauen werden in vielen Ländern in Bezug auf Bildung, Landrechte, Einkommen oder politische Teilhabe diskriminiert. Ihre tragende Rolle in den Ernährungssystemen bleibt in der Regel im Hintergrund. Zudem sind Frauen oftmals systemischer Gewalt ausgesetzt – insbesondere wenn sie Unternehmensinteressen oder autoritären Regierungen in die Quere kommen. Die Fallbeispiele im neuen Jahrbuch zeigen jedoch eindrücklich die politische Handlungsfähigkeit von Frauen – selbst gegenüber repressiven oder neoliberalen Regierungen. In den Straßen Brasiliens demonstrieren sie gegen Gewalt in der Agrarindustrie. In Mali und Indien bauen Frauen auf sozial und ökologisch gerechte Weise nahrhafte Lebensmittel an.“

Das Recht auf Nahrung ist als Menschenrecht verankert in Artikel 11 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, dem UN-Sozialpakt. Es ist eines der am häufigsten verletzten Menschenrechte. In den Nachhaltigen Entwicklungszielen haben sich die Vereinten Nationen verpflichtet, bis 2030 das Recht auf Nahrung für alle Menschen zu verwirklichen.

Das diesjährige Jahrbuch zum Recht auf Nahrung – der Right to Food and Nutrition Watch – erscheint in englischer, spanischer, französischer und portugiesischer Sprache und wird am 16. Oktober im UN-Committee on World Food Security (CFS) in Rom vorgestellt. Die Autorinnen und Autoren sind Teil vom Global Network for the Right to Food and Nutrition.

Gerne senden wir ein Exemplar in gedruckter Form oder vorab

als PDF zu.

Online verfügbar ab 16. Oktober unter
www.righttofoodandnutrition.org/watch

Zusammenfassung (deutsch) und Coverbild:
https://drive.google.com/drive/folders/1qkIgBs4Eci9J9mDY_sBvG_YdaMKfsQXN?usp=sharing

Rückfragen:

Melanie Oßberger, FIAN Österreich, 01 235 0239-11,
melanie.ossberger@fian.at

Martina Mathe, Brot für die Welt Österreich, 01 4026764-1110,
m.mathe@brot-fuer-die-welt.at